

ERSCHEINT MIT UNTERSTÜTZUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

März 2004

## POLITISCHE ENTWICKLUNG ÜBERSICHT

### Die Präsidentenwahl brachte eine Überraschung, das Referendum über vorgezogene Neuwahlen ist ungültig

*Die Wahl des Präsidenten bedeutete eine Niederlage für die Regierungskoalition*

Die erste Runde der Präsidentenwahl brachte eine Überraschung: die Regierungskoalition erlitt eine unangenehme Wahlniederlage. Bei der Stichwahl treten gegeneinander der Vorsitzende der LS-HZDS und dreimaliger Premier Vladimír Mečiar (erreichte 32,7%) und sein ehemaliger Parteikollege Ivan Gašparovič (22,3%), früherer Palamentspräsident (aus der Zeit der Regierung V. Mečiar). Ihr gemeinsames Kennzeichen ist die Tatsache, dass sie beide Spitzenvertreter eines politischen Subjekts waren, der die Slowakei durch eine autoritäre Politik in den Jahren 1994-1998 in eine internationale Isolation führte (die Slowakei verlor damals ihre Position im Integrationsprozess in die NATO und in die EU). Vladimír Mečiar deklariert zwar, „er habe sich geändert“ und Ivan Gašparovič ist nicht mehr sein Weggefährter, dies ist jedoch keine ausreichende Garantie. Der laut Umfragen vielversprechendste Kandidat für den Posten des Staatspräsidenten, ein Nominant der Koalitionspartei SDKÚ, Eduard Kukan, wird bei der Stichwahl nicht antreten können (er belegte den dritten Platz mit 22,1%). Erfolgreich endete auch der gegenwärtige Präsident Rudolf Schuster (er belegte den vierten Platz mit lediglich 7%). Eine Ironie dieses Ergebnisses ist, dass es einen Tag nach den offiziellen Feierlichkeiten zum NATO-Beitritt zustande kam, obwohl das Land unter der Führung der beiden siegreichen Kandidaten nicht in diese Richtung geführt wurde. Im Gegensatz dazu fiel der mit den Integrationserfolgen in Zusammenhang gebrachte Eduard Kukan durch.

Vorläufig können Ursachen des Misserfolgs der Regierungskoalition (insbesondere der SDKÚ) bei den Präsidentenwahlen folgendermaßen zusammengefasst werden:

- die Regierungskoalition war nicht imstande, einen gemeinsamen Kandidaten zu stellen und ihre Kräfte wurden dadurch gesplittet
- um die SDKÚ entfachten in der letzten Zeit Causae, die an ihrer Vertrauenswürdigkeit rüttelten
- die Wahlen fanden in einer Zeit statt, wo die Regierungskoalition und insbesondere die SDKÚ eine geringe Unterstützung seitens der Bevölkerung bekommt (ein Teil der Bevölkerung fühlt sich von harten Reformen der Regierung bedroht, negativ werden auch die Regierungscasus wahrgenommen und die Arroganz einiger von ihren Vertretern).
- die kostenaufwendige Wahlkampagne von Eduard Kukan war offensichtlich kontraproduktiv, bereits in der Vergangenheit gab es Beispiele dafür, dass die slowakischen Wähler eine teure Kampagne negativ auffassen
- da Eduard Kukan in den Meinungsumfragen als ein sicherer Stichwahlteilnehmer aussah, konnte auch die Motivation seiner Teilnehmer nachlassen
- die Regierungskoalition übte im Gegensatz zu den vergangenen Wahlen keinen Druck auf ihre Wähler aus, damit sie an der Wahl teilnehmen. Dabei konnte sie aus Erfahrung wissen, dass gerade sie bei einer niedrigen Wahlbeteiligung schwache Ergebnisse erzielt. Die Wähler von Vladimír Mečiar (vorwiegend ältere Personen mit Wohnsitz auf dem Land) sind bei den Wahlen wesentlich disziplinierter und verantwortungsbewusster. Die Wahlbeteiligung an der ersten Runde der Präsidentenwahl erreichte nur 47,9%.

*Das Ergebnis der Präsidentenwahl soll jedoch nicht überbewertet werden*

Die Enttäuschung der Regierungskoalition widerspiegelte sich gleichzeitig in die Forderung nach Selbstreflexion der SDKÚ und des Regierungsvorsitzenden. Der Vorsitzende des Koalitionspartners SMK, Béla Bugár, erwartet sogar, dass nach einer solchen Niederlage die Minderheitsregierung ohne eine grundlegende Selbstreflexion nicht lange arbeiten kann. Die ausländischen Agenturen bewerteten die Ergebnisse der ersten Runde der Präsidentenwahl als eine dramatische Niederlage für die Regierung. Die Ergebnisse der Präsidentenwahl sollen jedoch nicht überbewertet werden. Das slowakische Verfassungssystem gewährt dem Präsidenten nämlich keine großen Rechte. In die Regierungspolitik darf er nur indirekt und begrenzt eingreifen. Es steht nicht in seiner Macht, die laufenden Reformen zu gefährden.

### POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Präsidentenwahl brachte eine Überraschung, das Referendum über vorgezogene Neuwahlen ist ungültig..... 1

Stabilisierung der innerparlamentarischen Instabilität.....2  
Das Veto des Präsidenten bei der Steuerangelegenheit brachte Unsicherheit in einem unpassenden Moment.....2

### AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

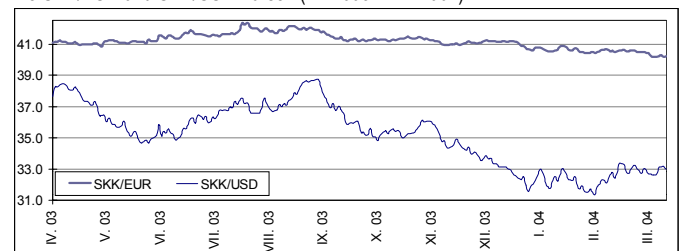
Die Slowakei ist NATO-Mitglied.....2  
Bratislava war für eine kurze Zeit Zentrum der europäischen Stabilitätspolitik.....3  
Chaotischer Standpunkt der Slowakei hinsichtlich der Einstimmigkeit bei EU-Beschlüssen.....3  
Erste Europawahlen finden in der Slowakei am 13. Juni statt.....3

### WIRTSCHAFT

BIP.....3  
Inflation.....3  
Arbeitslosigkeit und Löhne.....3  
Außenhandel.....4  
Ausländische Investitionen.....4  
Auslandsverschuldung.....4  
Währungspolitik.....4  
Kapitalmarkt.....4  
Devisenmarkt.....4  
Finanzinstitutionen.....4

## ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kurse (IV. 2003 – III. 2004)



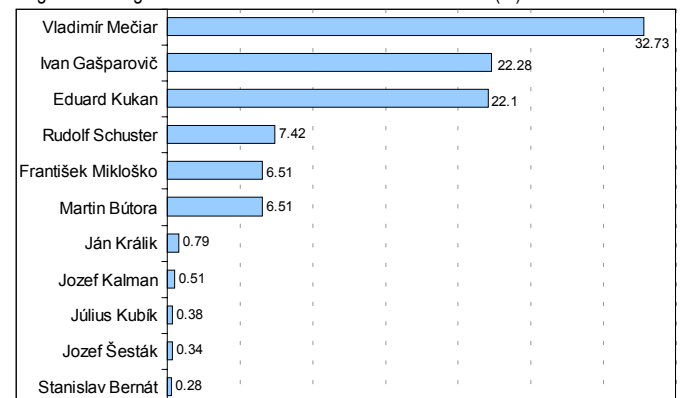
	2001	2002	2003	2004*	2005*
BIP-Wachstumstempo**	3,8	4,4	4,2	4,3	4,7
Inflation (CPI)	7,1	3,3	8,5	7,1	5,1
Arbeitslosigkeit***	19,2	18,5	17,4	16,5	15,9
SKK/USD	48,3	45,3	36,8	33,0	32,0
SKK/EUR	43,3	42,7	41,5	40,5	40,0

\* die M.E.S.A.10 Vorhersage; \*\* revidiert nach ESA95

\*\*\* nach der Auswählermittlung der Arbeitskräfte

## MEINUNGSUMFRAGEN

Diagramm 1: Ergebnis der ersten Runde der Präsidentenwahl (%)



Quelle: Statistisches Amt der Slowakischen Republik, Diagramm: M.E.S.A.10

*Vorgezogenen Wahlen wurden abgelehnt*

Am Referendum über die vorgezogenen Wahlen, das von den Gewerkschaften und einem Teil der Opposition initiiert wurde, nahmen lediglich 35,8% der berechtigten Wähler teil. Dadurch wurde das Referendum ungültig, da daran nicht mindestens 50% der berechtigten Wähler teilnahmen. Nachdem die Regierungskoalition ihre Sympathisanten aufforderte, das Referendum zu ignorieren, nahmen daran fast ausschließlich Oppositionsbefürworter teil (deswegen sprachen sich wahrscheinlich 88% der Beteiligten für vorgezogene Neuwahlen aus. Das einzige bisher gültige Referendum bleibt das Referendum über den EU-Beitritt der Slowakischen Republik (auch das war nur knapp erfolgreich).

Die Initiatoren des Referendums lagen offensichtlich in dem Sinne falsch, dass sie eine hohe Beteiligung am Referendum voraussetzten, die aus dem hohen Anteil der mit der Regierung unzufriedenen Bürger hervorgeht (nach soziologischen Umfragen). Offensichtlich bedeutet aber die deklarierte Unzufriedenheit keine Bevorzugung der vorgezogenen Wahlen. Aus der Kombination der Ergebnisse der Präsidentenwahl und des Referendums läßt sich schließen, dass die Regierungskoalition eine Niederlage erlitt, die Wähler sehen jedoch keine Lösung in vorgezogenen Wahlen (möglicherweise auch wegen der Unfähigkeit der Opposition, eine akzeptable Alternative vorzulegen).

**Stabilisierung der innerparlamentarischen Instabilität**

Die slowakische Regierung gewöhnt sich langsam an den Zustand, dass sie über keine verlässliche Unterstützung im Parlament verfügt. Bislang scheiterten alle Initiativen zum Wiederaufbau der formalen Mehrheit der Regierungskoalition im Parlament. Das Freie Forum, das sich zum Ende des Jahres 2003 von der SDKÚ abtrennte, transformierte sich zu einer neuen politischen Partei, die sich selbst als eine Oppositionspartei bezeichnete (genauer gesagt als eine „konstruktive Oppositionspartei“).

*Es kamen weitere Beiträge zur inneren Spannung hinzu...*

Die innere Spannung innerhalb der Regierungskoalition blieb weiterhin vorhanden, wozu noch vor den Präsidentenwahlen zwei unangenehme Causae, die den Premier und die SDKÚ-Aktivitäten betrafen, beitrugen:

- Standpunkt des Ermittlers und des Staatsanwalts zur „Gruppe, die die Interessen des Staates verletzt“. Die polizeiliche Ermittlung kam zu dem Schluss, dass die vom Premier genannte Gruppe, die die Interessen des Staates angeblich verletzen sollte, es nicht gab. Es ist ein zu

erwartender Schluss: bereits seit langem wird die Causa rund um die „Gruppe“ eher als ein politischer Fehltritt von Premier Mikuláš Dzurinda und nicht als eine reale Bedrohung aufgefasst. Es existiert jedoch ein Verdacht, dass im Zusammenhang mit der Causa „Gruppe“ auch Informationen der Geheimdienste missbraucht werden konnten. Wir erinnern daran, dass auch diese Causa und die damit zusammenhängenden Schritte bedeutend dazu beitrugen, dass die Regierung zum Ende des Vorjahres ihre formale parlamentarische Unterstützung verlor.

- Unklarheit bezüglich der Sponsorbeiträge für die SDKÚ. Mehrere in der Liste der SDKÚ-Sponsoren angeführten Unternehmer wehrten sich dagegen und erklärten, keine finanziellen Mittel an diese Partei gezahlt zu haben. Die SDKÚ fasst diese Erklärungen als eine absichtliche Attacke knapp vor der Wahl des Präsidenten und vor dem Referendum über vorgezogene Vorwahlen. Auf jeden Fall droht eine Eskalation in Bezug auf die dubiosen Sponsorgelder, die zugunsten der SDKÚ geflossen sein sollen.

Im Rahmen der Prävention vor weiteren Reibungen in der Koalition (und möglicherweise auch als Befürchtung vor der Reaktion der Öffentlichkeit) wurde ein Entwurf der legislativen Regelung zurückgenommen, der Schulgeld an den Hochschulen einführen sollte. Es wurde nämlich angenommen, dass sich mehrere Koalitionsabgeordnete weigern würden, diesen Entwurf zu unterstützen und deswegen kommt er zur Tagesordnung des Parlaments wahrscheinlich erst in einigen Monaten.

*...der Abberufungsantrag gegen den Finanzminister blieb jedoch auch in solchen Bedingungen erfolglos*

Obwohl die Regierungskoalition über keine formale Mehrheit im Parlament verfügt, bedeutet dies nicht, dass das Parlament von der Opposition regiert würde. Wegen der Unklarheit bezüglich der parlamentarischen Aritmetik kamen die Vorleger des Abberufungsantrags gegen den Finanzminister Ivan Mikloš zu kurz. Die Oppositionsabgeordneten von der LS-HZDS legten den insgesamt sechsten Antrag für seine Abberufung vor. Bei der Einreichung des Antrags konnten sie leicht einer Illusion über den potentiellen Erfolg eines solchen Antrags verfallen, weil die Vertreter des Freien Forums andeuteten, dass es ernste Gründe für seine Abberufung gibt. Nach einer plötzlichen, jedoch nicht

überraschenden Meinungsänderung der Vertreter des Freien Forums wurde vom Abberufungsvorgang ein uninteressantes Intermezzo mit einem im vorhinein bekannten Ergebnis. Die Opposition fand lediglich 62 Stimmen, die die Abberufung von Ivan Mikloš unterstützen (notwendig waren 76).

Auch ein beträchtlicher Teil der Koalition unterstützte seinen Minister nicht genügend, nur 43 Abgeordnete stimmten gegen seine Abberufung (viele enthielten sich der Stimme, damit sie ein Warnsignal an den Minister schicken). Die Opposition beschuldigte den Minister Dutzender berechtigten sowie unberechtigten Gründe. Darunter erschien oft eine falsche Abschätzung und danach folgender Ausfall der Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2003 (weswegen die Sätze der Verbrauchssteuern angehoben werden mussten), die sozialen Auswirkungen der Reformen, keine Parallelführung der einzelnen Reformmaßnahmen usw.

**Das Veto des Präsidenten bei der Steuerangelegenheit brachte Unsicherheit in einem unpassenden Moment**

Präsident Rudolf Schuster machte von seinem Vetorecht Gebrauch und schickte das Mehrwertsteuergesetz zurück ins Parlament. Das neue Mehrwertsteuergesetz regelt den Mechanismus der Warenbesteuerung unter den EU-Mitgliedsländern, Registration der Steuersubjekte und Besteuerung der Sammlerstücke, Wertgegenstände, Investitionsedelsteine usw. Der Präsident unterzeichnete das Gesetz nicht mit der Begründung, dass er die Einführung eines niedrigeren MwSt.-Satzes auf einige Waren wünsche, wie z.B. Grundlebensmittel, Arzneimittel, Kinderbekleidung, Energie, Presse usw. Dieser Versuch des Präsidenten verursachte eine beträchtliche Verunsicherung bezüglich Möglichkeit des Funktionierens eines gemeinsamen Marktes nach dem EU-Beitritt im Mai, da die betreffende Gesetzesnorm in erster Linie eben das Funktionieren der Steuer auf dem gemeinsamen Markt regelt. Der Präsident schickt Gesetze regelmäßig an das Parlament zurück mit der Argumentation, die der Öffentlichkeit sein „starkes soziales Engagement“ zeigen soll.

Parlamentspräsident Pavol Hrušovský war gezwungen, eine Sondersitzung des Parlaments mit dem Ziel einzuberufen, über diese Legislativnorm neu zu beraten und sie neu zu beschließen.

**AUßENPOLITIK UND INTEGRATION**

**Die Slowakei ist NATO-Mitglied**

Die Slowakei wurde zusammen mit anderen sechs sich transformierenden Ländern (Bulgarien, Estland, Litauen, Lettland, Rumänien und Slowenien) ein rechtmäßiges Mitglied

der NATO. Premier Mikuláš Dzurinda übergab die Ratifizierungsurkunden zum Washington-Vertrag zusammen mit anderen Premiers in die Hände der Vertreter der amerikanischen Regierung. Es handelt

sich um einen formalen Abschluss des außenpolitischen Erfolgs der Slowakei.

**Tabelle 1: Ausgewählte Momente der Chronologie der Integration der Slowakei in die NATO**

1994, Februar	Premier Vladimír Mečiar unterzeichnete in Brüssel ein politisches Rahmendokument über den Beitritt der SR zum Projekt Partnerschaft für den Frieden, das eine Vorbereitung für den NATO-Beitritt bedeutete	Zweite Regierung Vladimír Mečiar (1992-1994)
1995, Oktober	Die US-Regierung schickte der SR eine Demarche, in der sie auf die Unvermeidlichkeit der Erfüllung der demokratischen Kriterien in der politischen Praxis. Kurz davor wurde der slowakischen Regierung auch eine Demarche von der EU mit einer Beunruhigung über die politischen Probleme in der SR zugeschickt. Die Slowakei begann von den Integrationsprozessen aus politischen Gründen auszufallen	Dritte Regierung Vladimír Mečiar (1994-1998)
1996, April	Der NATO-Generalsekretär Javier Solana forderte die Regierung der SR auf zu beweisen, dass sie ein demokratisches Land ist. Er versicherte jedoch, dass die SR aus der Reihe der NATO-Mitgliedschaftsanwärter nicht ausfällt.	
1997, Mai	Referendum über den NATO-Beitritt, das von der Regierungskoalition initiiert wurde, war ungültig. Aus Entscheidung des Innenministers wurden zwei Referenden vereinigt (über die direkte Wahl des Präsidenten durch die Bürger und über den NATO-Beitritt), mit Fragen gedruckt auf einem Stimmzettel. Darüber hinaus waren die Fragen zum NATO-Beitritt so formuliert, damit sie Negatives hervorrufen (neben der Frage über die Unterstützung des NATO-Beitritts standen auf dem Zettel auch Fragen über die Dislokation von Atomwaffen und fremden Militärstützpunkten auf dem Gebiet der SR). Am Referendum nahm eine zu geringe Anzahl der Bürger teil und es wurde für gescheitert gehalten.	
1998, November	Kurz nach seinem Amtsantritt besuchte der neue Premier Mikuláš Dzurinda den NATO-Sitz und verhandelte mit Javier Solana. Die neue Regierung verpflichtete sich zu einer intensiven Arbeit an der Aufholung des Versäumten hinsichtlich der NATO-Integration der Slowakei.	Erste Regierung Mikuláš Dzurinda (1998-2002)
1999, März	Die NATO wurde um Tschechien, Polen und Ungarn erweitert. Von den V4-Ländern fehlte nur die Slowakei auf der Liste.	
1999, April	Die Slowakei wurde auf die Kandidatenliste für den NATO-Beitritt gesetzt.	
2002, November	Die Slowakei erhielt beim NATO-Gipfel in Prag eine Einladung zur Aufnahme der NATO-Beitrittsverhandlungen zusammen mit sechs anderen Ländern.	Zweite Regierung Mikuláš Dzurinda (2002-)
2003, April	Der Nationalrat der SR beschloss den Beitritt der SR zur NATO	
2004, Februar	Alle NATO-Mitgliedsländer ratifizierten das Abkommen über die Erweiterung der Allianz um sieben neue Mitglieder.	
2004, März	Der Vorsitzende der Regierung der SR überreichte der US-amerikanischen Regierung die Ratifizierungsurkunden.	

Es ahndelt sich insgesamt um die sechste NATO-Erweiterung, die letzte fand im Jahr 1999 statt, als Tschechien, Ungarn und Polen in die Allianz aufgenommen wurden. Der Vorsitzende der Regierung der Slowakischen Republik erklärte anlässlich der Übergabe der Ratifizierungsurkunden, dass die Slowakei auch weiteren Ländern, die gleiche Werte schätzen und in Richtung NATO gehen, helfen werde.

Die Slowakei erwartet von ihrem NATO-Beitritt außer der Festigung der Sicherheit und der Verbesserung der Stabilität in der Region auch einen Anstieg der Attraktivität für Investoren und eine Verbesserung der Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Prosperität. Die Vertreter des Klubs 500 (vereint Vertreter der Firmen mit mehr als 500 Mitarbeitern) sehen auch die Chance, bei Lieferungen für den Abwehrmechanismus der Allianz mitzumachen. Die slowakischen Subjekte haben das Potential und sind bereit, sich an diesem Markt durch Lieferungen ihrer Ware zu beteiligen.

Die Slowakei sollte keine größeren Probleme hinsichtlich der Reform sowie Modernisierung des Heeres haben, die beide für seine Wirkung im Rahmen der NATO unumgänglich sind. Laut Generalstab des Heeres der Slowakischen Republik sollte die Slowakei imstande sein, eine 40%-ige Einsatzbereitschaft der Bodestreitkräfte im Horizont von 5 Jahren zu erreichen. Von den Bodestreitkräften sollen 8% der Truppen bereit sein, permanent bei den NATO-Einsätzen tätig zu sein, was 750 bis 1000 Soldaten bedeutet. Das ist im Grunde genommen dieselbe Anzahl, die auch gegenwärtig die Slowakei im Ausland hat. Die Anzahl der im Ausland eingesetzten slowakischen Soldaten wird somit nicht radikal ansteigen müssen. Das slowakische Heer wird jedoch seine Logistik und die Arbeit der Fördereinheiten verbessern müssen. Die Slowakei sieht ihre Zukunft in der Allianz in der Spezialisierung. Bei den NATO-Operationen sollten insbesondere Pionier- und Antichemieeinheiten eingesetzt werden.

#### Bratislava war für eine kurze Zeit Zentrum der europäischen Stabilitätspolitik

In Bratislava fand die Konferenz Breiteres Europa – neue Agenda statt, die eine unübliche Konzentration der höchsten Ländervertreter in der slowakischen Hauptstadt mit sich zog (Präsidenten: Aserbaidschan, Georgien; Premierminister: Albanien,

Estland, Croatia, Litauen, Lettland, Mazedonien, Rumänien, Serbien, Montenegro; spezielle Gäste: Günter Verheugen – Mitglied der Europäischen Kommission für die EU-Erweiterung, Jaap de Hoop Scheffer – NATO-Generalsekretär). Unter den Botschaften der Konferenz ertönte die Teilung der gemeinsamen Verantwortung für europäische Angelegenheiten, die Notwendigkeit einer Vertiefung der Kooperation zwischen den USA und Europa und die Bemühung um eine Vertiefung der Demokratie in der Ukraine und der Türkei.

Die Bratislavaer Konferenz kann laut NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer als eine Konferenz der Ambitionen derjenigen Länder bezeichnet werden, die der EU beigetreten sind und deren Ambitionen erfüllt wurden und auf der anderen Seite jener Länder, die noch weder NATO- noch EU-Mitglieder sind. Als eine weitere Ambition bezeichnete er die Sicherheitsverknüpfung über den Atlantischen Ozean. In diesem Zusammenhang führte er an, dass es nicht passend wäre, Illusionen zu unterliegen, dass es eine ausreichende Sicherheit auf einer multilateralen Ebene ohne eine transatlantische Verbindung geben wird.

Anlässlich der Konferenz forderte Scheffer die Länder auf, die ihre Soldaten im Irak haben, dass sie deren Abzug nicht erwägen sollten, wie es in Reaktion auf den Anschlag in Madrid die neue spanische Regierung plant. Als Reaktion auf diesen Appell erklärte der slowakische Premier Mikuláš Dzurinda, dass die Slowakei einen Abzug ihrer Truppen aus dem Irak nicht plane.

#### Chaotischer Standpunkt der Slowakei hinsichtlich der Einstimmigkeit bei EU-Beschlüssen

Die Slowakei ist laut Premier Mikuláš Dzurinda bereit, auf die Einstimmigkeit bei einer Beschlussfassung der erweiterten EU in Fragen der Justiz und des Inneren zu verzichten, sie besteht jedoch auf einer Beibehaltung des Vetorechts bei Steuern und sozialer Politik. Dieser Standpunkt ist jedoch

problematisch, da damit weder das Justizressort noch das Innenressort einverstanden ist. Nach dem noch immer gültigen Standpunkt der Regierung behält die Slowakei das Vetorecht sowohl im Bereich Justiz als auch im Bereich Inneres. Die Äußerung des Premiers ruft somit einen Konflikt hervor. Das Problem ist, dass bevor er seinen Standpunkt präsentierte, er ihn mit den zuständigen Ressortministern und der gesamten Regierung nicht abstimmt.

Der Regierungsvorsitzende führte nach dem Treffen der V4- und Benelux-Premierminister an, dass die Änderung des „slowakischen“ Standpunkts vom anwachsenden Sicherheitsrisiko nach den letzten Terroranschlägen auf Züge in Spanien verursacht wurde. Er erwartete nämlich, dass der Übergang von einer einstimmigen Abstimmung zu einer Abstimmung über eine qualifizierte Mehrheit in Bereichen wie Verteidigung und Justiz helfen wird.

Der Premier lehnte bei demselben Anlass die Möglichkeit der Applikation von ähnlichen Arbeitsmarktbeschränkungen ab, wie sie die gegenwärtigen EU-Mitglieder gegen die beitretenden Länder anwenden werden. Er nimmt an, die beitretenden Länder würden sich mit der Einführung der reziproken Maßnahmen nur lächerlich machen.

#### Erste Eurowahlen finden in der Slowakei am 13. Juni statt

Die historisch ersten Wahlen der Abgeordneten ins Europäische Parlament finden am 13. Juni statt. Die Wahlen in das gemeinsame Parlament finden in allen Mitgliedsländern der erweiterten Europäischen Union vom 10. bis zum 13. Juni statt.

Die Amtsperiode der 14 slowakischen Euroabgeordneten wird 5 Jahre betragen, die Kandidaten dürfen von politischen Parteien, Bewegungen und deren Koalitionen vorgeschlagen werden. Vor den Wahlen hinterlegen sie eine Kaution in der Höhe von 50-tsd. Kronen, die an den Staat übergeht, wenn sie weniger als zwei Prozent der Stimmen erreichen. Ein Problem stellt jedoch die Tatsache dar, dass der Nationalrat der Slowakischen Republik bis heute den Entwurf der Verfassungsänderung nicht beschließen konnte, welcher die Wahlen der Euroabgeordneten in Einklang mit der Verfassung der Slowakischen Republik bringen sollte.

## WIRTSCHAFT

### BIP

#### Das reale BIP-Wachstum erreichte 4,2% dank der imposanten Verbesserung des Außenhandels

Das reale BIP-Wachstum erreichte im Jahr 2003 ein solides Ergebnis: das Wachstum in der Höhe von 4,2% liegt an der oberen Grenze der Erwartungen und bedeutet das weiterhin höchste Wachstumstempo von den V4-Ländern. Das erwirtschaftete BIP erreichte in laufenden Preisen 1 195,8 Mrd. Sk.

Das reale BIP-Wachstum ist ein Ergebnis der rasanten zwischenjährigen Verbesserung des Nettoexports. Die Kombination eines 22,6%-igen realen Anstiegs von Produkt- und Dienstleistungsexporten bei einem 13,8%-igen Anstieg deren Importe konnte den Einfluss des 2,3%-igen Rückgangs der heimischen Nachfrage bedeutend überwiegen. Der Endverbrauch der Haushalte ging um 0,6% zurück, was mit dessen 5,3%-igen Anstieg im Jahr 2002 im Kontrast steht. Der

### Inflation

#### Allmähliche Beruhigung der Preislage nach dem Sprung vom Januar

Nach der rasanteren Anhebung der Verbraucherpreise vom Januar (infolge der Änderung der regulierten Preise und des neuen MwSt.-Satzes), war deren Dynamik im Februar

Endverbrauch der öffentlichen Verwaltung konnte real weiterhin steigen (2,9%), auch trotz der Bemühung der Regierung um die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Die Ausgabenrestriktion betraf viel mehr den Verbrauch der Haushalte als den Verbrauch der öffentlichen Verwaltung. Die Bildung des fixen Bruttokapitals endete, ähnlich wie im Vorjahr, mit einem realen Rückgang (-1,2%).

Das BIP umgerechnet auf die Zahl der Bevölkerung in USD verzeichnete einen unüblich starken Anstieg; es erhöhte sich von cca. 4480 USD auf knapp 6020 USD. Dieser unüblicher Anstieg ist nicht nur ein Ergebnis des realen BIP-Wachstums, sondern auch der Aufwertung der SKK gegenüber dem USD (käme es nicht zu einer zwischenjährigen Kursaufwertung, würde der Anstieg

wesentlich langsamer. Auch weiterhin war der bestimmende Faktor des Anstiegs der Preislage der Anstieg der regulierten Preise (regulierte Miete), außerdem auch der Anstieg der Preise, die Verknüpft mit dem Wohnen sind. Im Vergleich zum letzten Monat

lediglich 4890 USD pro Einwohner betragen). Umgerechnet in die Parität der Kaufkraft ist das BIP-Niveau pro Einwohner mehr als zweifach, im Jahr 2003 überstieg es 12800 USD, was ungefähr 50% des durchschnittlichen Niveaus der OECD-Länder ist. Im Jahresintervall 2000-2003 wurde die auf diese Weise gemessene Leistungsfähigkeit der slowakischen Wirtschaft von 45% auf 50% des OECD-Durchschnitts gesteigert.

Das reale BIP-Wachstumstempo in der Slowakei liegt wesentlich höher als der Durchschnittswert in den EU- bzw. OECD-Ländern ist. Das geschätzte durchschnittliche Tempo des realen BIP-Wachstums (nach OECD-Angaben) erreichte im Zeitraum 2001-2003 in den OECD-Ländern 1,6%, in den EU-Ländern 1,2% und in der Slowakei waren es 4,1%.

stiegen die Verbraucherpreise im Februar um 0,8%, beim Anstieg der regulierten Preise um 1,5% und der die Kerninflation bildenden Posten um 0,5%. Zwischenjährlich erreichte die Inflation 8,5% und die zwischenjährliche Kerninflationsrate 2,8%.

### Arbeitslosigkeit, Löhne

#### Die Reallöhne sanken im Jahr 2003 um 2%, in diesem Jahr sollten sie aber nicht mehr sinken

Nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte erreichte die Arbeitslosenrate im Jahr 2003 17,4%. Sie ging somit zwischenjährlich um 1,1 Prozentpunkt zurück. Sie blieb wesentlich höher als die nach der Anzahl der evidierten Arbeitslosen an den Arbeitsämtern gerechnete Arbeitslosigkeit (15,2%).

Der Rückgang der Arbeitslosenrate wurde durch den Anstieg der Beschäftigten in der Wirtschaft um 1,8% begleitet (was nach Verhältnissen auf dem slowakischen Arbeitsmarkt ein sehr positives Ergebnis ist). Das höchste Tempo der Beschäftigung wurde bei den Hotels und Restaurants (16,1%),

im Bauwesen (10,7%) und in der Finanzvermittlung (9,5%) verzeichnet.

Im Vergleich mit dem Jahr entwickelte sich der Durchschnittslohn völlig unterschiedlich, als sie für das Jahr 2003 14365 Sk erreichte. Gegenüber dem Jahr 2002 ging er zurück sogar um 2%, was im Jahr 2003 das Ergebnis des verlangsamtsten Anstiegs des durchschnittlichen Nominallohns um 3 Prozentpunkte (sein Anstieg erreichte nur 6,3% gegenüber 9,3% aus dem Jahr 2002) und der parallelen Beschleunigung des Preisniveauanstiegs von 3,3% auf 8,5% war. Im Jahr 2004 kann eine günstigere Entwicklung des Reallohnes erwartet werden. Auf der einen Seite erleiden die Unternehmen einen solchen Kostenschock, wie sie ihn

im Jahr 2003 durch den Anstieg der Energiepreise erleiden mussten. Dies kann deren Möglichkeiten für einen Anstieg des Nominallohnes verbessern. Zugleich wird es allem Anschein nach eine geringere Dynamik des Preisniveauanstiegs geben. Deswegen kann eine Stagnation bis ein leichter Anstieg des Reallohnes (wahrscheinlich im Intervall 0% - 1,5%) erwartet werden. Eine wesentliche Tatsache für den Anstieg der Haushaltseinkommen wird jedoch sein, dass die realen Nettolöhne ansteigen (durch die kombinierte Wechselwirkung des schwachen Anstiegs des realen Bruttolohns und des Rückgangs der direkten Steuerbelastung).

**Außenhandel****Die Handelsbilanz in den ersten zwei Monaten im Überschuss**

Der Außenhandel setzt die günstige Entwicklung auch im Jahr 2004 fort. Nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Amtes für die ersten zwei Monate des Jahres verzeichnete der Außenhandel einen Überschuss in der Höhe von 1,4 Mrd. Sk als ein Ergebnis des berichtigten Überschusses vom Januar (1,9 Mrd. Sk) und des leichten Defizits vom Februar (in der Höhe von 600 Mill. Sk). Die

Entwicklung der Handelsbilanz im Februar bedeutet zugleich eine Verschiebung des Werts ihres 12-monatigen kumulativen Defizits zum ersten Mal seit dem Jahr 1995 unter 20 Mrd. Sk, konkret auf 19,3 Mrd. Kronen.

Für die territoriale Struktur des Exports ist eine weitere Stärkung der Position der Schlüsselmärkte der gegenwärtigen Europäischen Union signifikant.

Ein interessantes Merkmal der Entwicklung der territorialen Struktur des Handels als einer Ganzheit ist jedoch der Rückgang des Exports in die V4-Länder bei einem gleichzeitigen auffälligen Anstieg der Importdynamik aus diesen Ländern (Tabelle 2).

Der Grund für eine solche Entwicklung ist nach unserer Annahme insbesondere die starke Aufwertung der Slowakischen Krone gegenüber sämtlichen Währungen der V4-Länder, die die Konkurrenzfähigkeit der slowakischen Produktion auf deren Märkten schwächte, insbesondere bei kleineren und mittleren Unternehmen, die keine Möglichkeit zur Eliminierung dieser Abschwächung mittels des sog natürlichen Hedgings in Form von Zahlungen für Eingänge in einer abwertenden Währung haben. Die Stärkung der Position der gegenwärtigen EU-Mitgliedsländer wird somit zum Nachteil der Stellung der V4-Länder erreicht.

**Tabelle 2: Zwischenjährliche Dynamik des Exports und Imports in und von ausgewählten Ländern für Januar-Februar 2004**

	Tschechien	Polen	Ungarn	Deutschland	Österreich	USA
Export	-3,9%	-0,4%	+6,4%	+22,1%	+9,2%	425%
Import	+7,1%	+26,2%	+23,9%	+22,2%	+12,1%	+54,8%
Bilanz (Mrd. Sk)	-1,849	+0,937	+1,786	+9,927	+3,527	+4,482

Quelle: Statistisches Amt der SR

**Ausländische Investitionen****Investitionen für das Jahr 2003 niedriger als Erwartungen**

Von den Angaben der Zentralbank über die Zahlungsbilanz im Jahr 2003 geht auch der vorläufige Wert des Zuflusses der direkten ausländischen Investitionen (DAI) hervor. Die ausländischen Investoren platzierten in der Slowakei 30,9 Mrd. Sk bzw. 841 Mill. USD in Form von Grundkapitaleinlagen und von reinvestierten Gewinn. Das sog. restliche Kapital, das auch Teil der Bilanz der direkten Investitionen ist, verzeichnete sogar einen Abfluss in der Höhe von 9,1 Mrd. Sk (248 Mill. USD). Der DAI-Zufluss im Jahr 2003 stellt einen bedeutenden Rückgang gegenüber dem Jahr 2002 dar, er ist auch niedriger als der

Großteil der Schätzungen von analytischen Institutionen. Auch trotz dieses Rückgangs verteidigte die Slowakei auch im Jahr 2003 den 2. Rang unter den V4-Ländern bei der Berechnung der DAI pro Einwohner (Tschechische Republik 232 USD; Slowakei 156 USD; Ungarn 148 USD; Polen 111 USD).

**Die Automobilindustrie lockt Zuliefererunternehmen an**

Die Agentur SARIO veröffentlichte im Laufe des Monats Informationen über weitere geplante Investitionen, die mit der Automobilindustrie

zusammenhängen. Nach bisher noch knappen Angaben erwägt das belgische Unternehmen Parts & Components (P&C) den Bau eines Betriebs zur Blechverarbeitung sowie zur Produktion von Karosserie- und anderen Blechteilen. Laut Erklärung des Leiters der SARIO-Presseabteilung, Ondrej Žember, für die Presseagentur SITA, SARIO arbeitet an diesem Projekt, auf Bitte des Investors stelle sie aber keine näheren Informationen zur Verfügung.

**Auslandsverschuldung****Ausländische Verbindlichkeiten stiegen schneller als angenommen an**

Eine verhältnismäßig überraschende Nachricht war die Bekanntgabe der NBS bezüglich der Höhe der gesamten Bruttoauslandsverschuldung der Slowakischen Republik, die zum Jahresende 18,3 Mrd. USD erreichte. Im Vergleich zum Ende des Vorjahres bedeutet dies einen Anstieg um 5,1 Mrd. USD, bzw. um 38%. Ungefähr die Hälfte des nominalen Schuldanstiegs in US-Dollar geht der Dollar-Abwertung zugrunde, was logischerweise einen Anstieg der auf den US-

Dollar umgerechneten Euro- bzw. Kronenverbindlichkeiten hervorrief. Auf der anderen Seite kam es während des Jahres zu einem realen Anstieg insbesondere der kurzfristigen Verschuldung und das bei allen Komponenten – Banken, Unternehmen, Regierungssektor. Am stärksten, um knapp 1,7 Mrd. USD, stiegen im Jahresverlauf die kurzfristigen ausländischen Verbindlichkeiten der Kommerzbanken. Den zweitgrößten Anstieg

verzeichneten kurzfristige Verbindlichkeiten der Unternehmen, als sie um 1,2 Mrd. USD stiegen.

Eine Widerspiegelung des realen Anstiegs der Verschuldung war der Rückgang der ausländischen Nettogläubigerposition der Slowakischen Republik im Verlauf des Jahres 2003 um 40% von 1,02 Mrd. auf 585 Mill. USD. Angesichts der starken Kursbewegung im Jahr 2003 ist gerade diese Kennziffer wichtiger als das Volumen der ausländischen Bruttoverbindlichkeiten.

**Währungspolitik****Die Zentralbank senkte die Sätze um weitere 50 Punkte**

Der NBS-Bankenrat entschied nach der Bewertung der aktuellen sowie erwarteten Wirtschafts- sowie Währungsentwicklung in der Slowakei über die Senkung der

Schlüsselzinssätze um 0,5%. Der wichtigste zweiwöchige Satz für den Sterilisierungs-Repo-Tender der NBS sank von 6 auf 5%. Die Hauptgründe, die den Bankenrat zur Senkung der Sätze führten, sind die zu

schnelle Aufwertung der Slowakischen Krone und der andauernde Rückgang der heimischen Nachfrage.

**Kapitalmarkt****Der Kapitalmarkt steckt in seiner schwersten Krise seit seiner Entstehung**

Der slowakische Kapitalmarkt überlebte im März die schlimmste Zeit in seiner nicht einmal 11-jährigen Geschichte. An der Bratislavaer Börse wurde nur in der ersten Monathälfte gehandelt. Der Zentraldepositor versuchte am 19. März ein neues, lang erwartetes Evidenz- und Geschäftsabwicklungssystem zu starten, dieses scheiterte jedoch gleich am ersten

Tag. Alle Mitglieder des Zentraldepositors sowie die Bratislavaer Wertpapierbörse weigerten sich, das neue System zu benutzen, mit der Ausnahme von RMS-Market. Der Kapitalmarkt erlitt darauffolgend einen Kollaps und alle Geschäfte standen still. Laut der Bankenassoziation und der Assoziation der Wertpapierhändler konnte der Zentraldepositor weder technisch noch organisatorisch die Funktionalität des

neuen System sicherstellen. Auf diese Tatsache machten die erwähnten Assoziationen bereits seit längerem aufmerksam, alle Kompetenzen ignorierten jedoch ihre Hinweise. Die größten Schwachpunkte des neuen Systems sind seine Sicherheit und Verlässlichkeit. Die Beteiligten fanden dann doch noch nach zwölf Tagen eine provisorische Lösung, die Elemente des alten Systems anwendet.

**Devisenmarkt**

Der Appetit der Spieler auf dem slowakischen Devisenmarkt nach der Slowakischen Krone wurde auch nicht im letzten Monat gestillt. Die slowakische Währung arbeitete sich zum Monatsende auf neue Höchstwerte vor. Die Krone wurde zu Monatsbeginn zwar von der Nachricht über die Ankunft des Automobilproduzenten Kia in die Slowakei kurzfristig unterstützt, jedoch ein viel bedeutenderer Faktor waren die Befürchtungen einer Abberufung von Ivan Mikloš vom Posten des Finanzministers. Den abschwächenden Trend konnte nur für eine kurze Zeit lang die positive Nachricht über die

Ratinganhebung der Slowakei durch die Agentur Standard & Poor's auf das Niveau BBB+ unterbrechen. Die schlechten Nachrichten aus dem politischen Umfeld waren diesmal stärker und sie schwächten die Kronen binnen drei Tagen auf ein Monatsminimum von 40,74 SKK/EUR. Zu einem Umschwung auf dem Devisenmarkt kam es erst dann, als die Vertreter des Freien Forums erklärten, dass sie gegenwärtig den Abberufungsantrag gegen Mikloš nicht unterstützen werden. Unmittelbar darauf wertete die slowakische

Währung um 12 Heller auf. Weitere positive Reaktionen des Marktes brachte die dritte Märzwoche mit sich, die voll von positiven Nachrichten über wichtige Makroangaben und die Ankunft neuer ausländischen Investitionen war. Am 19. März festigte die Krone allmählich auf 40,200 SKK/EUR. Eine so schnelle Kursaufwertung konnte seitens der Zentralbank nicht unbeachtet bleiben, die eine Woche danach mit einer Senkung der Zinssätze um ein halbes Prozent antwortete.

**Finanzinstitutionen****Der Staat verkaufte letzte Aktien von Slovenská sporiteľňa**

Das Finanzministerium entschloss sich zu Beginn des Monats März zum Verkauf seines 10%-igen Anteils an der größten slowakischen Bank - Slovenská sporiteľňa (SLSP) – an die österreichische Erste Bank. Diese wurde vor drei Jahren Majoritätsigentümer von SLSP, nachdem sie die Privatisierungsausschreibung gewann. Die Erste kaufte damals 67% der SLSP-Aktien. Im vergangenen Jahr kaufte die Erste

von Stredoeurópsky makléřský dom weitere 3% der Aktien. Laut Vertretern des Ministeriums existierte kein Grund mehr für eine Kapitalbeteiligung an dieser Bank und deswegen entschlossen sie sich für deren Verkauf. Erste Bank bezahlte für das 10%-ige Paket 72 Mill. EUR (2,9 Mrd. Sk) bzw. 4575 Sk je Aktie, was ein um 50% höherer Preis ist als bei der Privatisierung. Die ganze Transaktion muss noch von den Regulatorsorganen

abgesegnet werden. Nach der Überweisung des staatlichen Pakets wird der Anteil der Erste Bank an SLSP auf 80,1% steigen, die restlichen 19,9% besitzt die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Die österreichische Bank besitzt für den Kauf dieser Aktien eine Option, die sie bis Januar 2005 geltend machen kann.